Hans-Josef Vogel

Bürgermeister der
Stadt Arnsberg

Was fehlt zur Annäherung an die Vision der Bürgerkommune? Thesen auf dem - KGSt Forum am 25. September 2002 in Stuttgart

Nachhaltiger Kulturwandel und Neuordnung der Verhältnisse zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft

1. Bürgerschaftliches Engagement bezeichnet das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihre eigenen Angelegenheiten.

Förderung bürgerschaftlichen Engagements heißt, Bürgerinnen und Bürger zu ermächtigen und zu unterstützen, Produzenten ihrer eigenen sozialen Verhältnisse zu werden und nicht allein Konsumenten fremdbestimmter Angebote zu bleiben. Dies gilt insbesondere für die örtlich erbrachten Dienstleistungen des Alltags.

Die "Bürgerkommune" zielt auf eine Neuordnung des Verhältnisses von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zugunsten der Zivilgesellschaft. Auf örtlicher Ebene geht es um die Revitalisierung zugunsten der kommunalen Selbstverwaltung im ursprünglichen Sinne als eine Gestaltungsaufgabe der Bürgerinnen und Bürger. Sie reicht weit über das Ehrenamt hinaus. Die Selbstorganisation des Lokalen steht im Mittelpunkt.

Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

2. Mit der Bürgerkommune wird die notwendige soziale und demokratische Erneuerung unserer Gesellschaft sowie die damit verbundene Stärkung des Lokalen gefördert.
3. Die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements in allen Bereichen von Freizeit, Sport, Kultur, Sozialem und den weiteren vielfältigen lokalen Angelegenheiten ist eine herausragende kommunale Pflichtaufgabe. Sie führt zur Verbesserung der Lebensqualität einer Stadt oder eines Stadtquartiers.
4. Eine wichtige Voraussetzung ist die nachhaltige Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, d. h., die Umkehr des gegenwärtigen faktischen Verstaatlichungsprozesses des Lokalen, der unsere Städte zu staatlichen Verteilungsagenturen reduziert.

Neue Verantwortungsräume und -rollen für Bürgerinnen und Bürger

5. Das große Engagementpotential der Bürgerinnen und Bürger, wie es Umfragen immer wieder belegen, kann in großem Umfang nur aktiviert werden, wenn neue überschaubare Verantwortungsrollen und -räume vor Ort den Menschen tatsächlich zur Verfügung gestellt werden.

Dies gilt insbesondere für den sozialen Bereich, aber auch für Kindertagesstätten und Schulen sowie für den Bereich der traditionellen kommunalen Politik und Verwaltung. Hier besteht der größte Bedarf an neuen Gestaltungsräumen und -rollen für die Menschen. Diese entstehen nicht von selbst. Sie sind auch nicht von Anfang an auf problemorientierte und produktive Kooperationen angelegt. Neue Verantwortungsräume und -rollen müssen gemeinsam mit der Bürgerschaft entwickelt werden.

6. Die Menschen haben ein Recht auf bürgerschaftliches Engagement und damit ein Recht auf Teilhabe an der Gestaltung des Lokalen und der Gesellschaft. Diesem Recht auf Teilhabe entspricht unsere Gesellschaft und ihre Institutionen noch lange nicht.
7. Insbesondere müssen Menschen aktiv an Gemeinschaft teilhaben können, wenn sie keinen Norm-Arbeitsplatz besitzen, oder am Rande der Gesellschaft schweigend leiden oder ausgeschlossen sind.
8. Dies gilt auch für die Menschen, die sich in der nachberuflichen Lebensphase befinden sowie für Kinder und Jugendliche, denen wesentlich größere eigene Gestaltungs- und Verantwortungsräume eröffnet werden müssen – auch in der Schule und in der Freizeit.

Öffnung traditioneller Institutionen, Unterstützungssysteme und Netzwerkarbeit

9. Wir brauchen Centren oder Agenturen für bürgerschaftliches Engagement als Verwaltungsorganisation, die Unterstützungsleistungen aus einer Hand (One-Stop- Agency) für bürgerschaftliches Engagement leisten und als Dienstleister die Bildung von problemorientierten Netzwerken fördern und unterstützen.
10. Diese Agenturen für bürgerschaftliches Engagement sollten in zwei Richtungen wirken: In Richtung engagementbereiter Menschen und in Richtung bestehender Institutionen, um deren Öffnung und Kooperationsbereitschaft mit anzustoßen und zu bewirken. Insofern müssen Wohlfahrtsverbände, soziale Institutionen, Kindergärten und Schulen, aber auch Kommunalpolitik und -verwaltung sich verändern. Sie müssen sich auf breiter Ebene für bürgerschaftliches Engagement und Netzwerkarbeit öffnen.

Wirtschaftsunternehmen und Institutionen als Partner der Zivilgesellschaft

11. Auch die Wirtschaftsunternehmen, die staatlichen und privaten Institutionen sind Akteure, die in neuen Netzwerken für das Lokale Verantwortung übernehmen sollten. Es geht um eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren. Gesellschaftliche, staatliche Institutionen und Wirtschaft müssen Partner von Bürgerengagement werden.
12. Wir brauchen strukturelle Reformen in der Finanzierung und Organisation von sozialen schulischen und lokalen Einrichtungen und Gütern. Dadurch müssen die „Verbraucher“ oder „Kunden“ und die gesellschaftlichen Akteure mehr Rechte auf Teilhabe, Selbstorganisation und Selbständigkeit erhalten.

Beispiele dafür sind das Projekt verschiedener Städte und der Bertelsmann-Stiftung "Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt" und das NW-Modellvorhaben "Selbstständige Schule".

Offenheit, Transparenz und lokale Demokratiebilanzen

13. Voraussetzung der Engagementübernahme durch Bürgerinnen und Bürger sowie durch institutionelle Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft sind Offenheit und Transparenz über die Ziele und die Zielerreichung des Handelns auf kommunaler Ebene.

14. Lokale Demokratiebilanzen können dazu beitragen, indem sie die bürgerschaftlichen Ressourcen, das Engagementpotential, das Wissen, die Kooperationsbereitschaft, den Stand des Bürgerengagements, die "Beziehungen", Netzwerke und deren Entwicklung regelmäßig darstellen.

Dadurch ergibt sich eine neue Dynamik für Bürgerengagement, aber auch die Öffnung von Verwaltung und lokal wirkenden Institutionen. Leitfragen in einer solchen Bilanz können sein: Welche Möglichkeiten bestehen zur Übernahme von Verantwortung? Wie werden sie tatsächlich genutzt? Welche Verbesserungen sind möglich? Wie und durch wen wird Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger unterstützt und gefördert?